

Zu 1)

Als gelernter Milchwirtschaftlicher Laborant habe ich einige Jahre bei einer großen Molkerei gearbeitet und in Triesdorf meine Ausbildung absolviert. Auch privat habe ich enge Verbindungen zur Landwirtschaft. Aktuell hält meine Familie 10 Angusrinder und unterhält Wiesen und Forst.

Zu 2 und zu 2.1)

Ich achte beim Einkauf auf regionale Produkte und Wertschöpfungsketten. Metzger im Nachbarort, Dorfladen im Ort. Natürlich geht das nicht bei allen Produkten, doch auch hier versuche ich stetig besser zu werden. Discounter versuche so weit es geht zu meiden.

Zu 3)

Einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb definiere ich als Betrieb bei welchem die Familie mit vollem Einsatz, Leidenschaft und Herz zusammen mit Ihren Mitarbeitenden die tägliche Arbeit am Hof und auf den Ländereien stemmt.

Zu 4)

Ich bin der Auffassung, dass der Stellenwert unserer bäuerlichen Landwirtschaft in der breiten Gesellschaft einen großen Stellenwert hat und der Trend in die Richtung geht, dass Regionalität wieder mehr Wertschätzung erfährt. Leider gibt es immer noch einen nicht unbeträchtlichen Anteil in unserer Gesellschaft, welche sich über Landwirtschaft und die Erzeugung von Lebensmitteln wenig bis keine Gedanken machen.

Landwirt*innen als Nahrungsmittelerzeuger*innen stellen einen Grundpfeiler unserer Gesellschaft dar. Als Grüner Bundestagskandidat sehe ich die Herausforderungen, die unsere Zeit mit sich bringt - insbesondere der Klimawandel wird uns viel abverlangen. Als umso wichtiger erachte ich regionale Landwirtschaft, die mit kurzen Strecken Produkte von vor Ort anbietet. Außerdem beobachte ich ein Umdenken in der Gesellschaft: Immer mehr Menschen machen sich Gedanken über die Erzeugung von Lebensmitteln und schätzen Regionalität. Dieses Umdenken gilt es zu unterstützen, um die Wertschätzung von regionaler Landwirtschaft auszubauen.

Zu 4.1)

Zentral für eine Verbesserung der Situation ist vor allem Aufklärungs- und Bildungsarbeit. Dabei sollten wir in den Kindergärten und Schulen beginnen, um den nachfolgenden Generationen von Anfang an eine Sensibilität für diese Themen mitzugeben. Auch weitere Zielgruppen wie Arbeitnehmer*innen oder Senior*innen sollten zielgruppengerecht angesprochen werden. Außerdem ist es notwendig eine gesellschaftliche Debatte anzustoßen wie Lebensmittel zukünftig erzeugt werden und wie verschiedene Interessen fair unter einen Hut gebracht werden können.

Zu 4.2)

Ich persönlich werde weithin regional einkaufen und für unsere Landwirtschaft vor Ort in meinem Kreise werben. Politisch möchte ich Maßnahmen anstoßen, die dem Prinzip wachse oder weiche endlich entgegenstehen. Außerdem befürworte ich, wie an Walddorfschulen, ein verpflichtendes Praktikum in der Landwirtschaft.

Zu 5)

Gesundheit, regionale Produkte, CO2 Reduktion, bezahlbarer Wohnraum, landwirtschaftliche Nutzflächen, Luxusgüter, Herkunft/ Religion

Zu 6)

Wir wollen die Marktmacht der Erzeuger*innen gegenüber Verarbeiter*innen, Einzelhandel und Lebensmittelindustrie stärken. Für den Milchmarkt haben wir dafür in einem Antrag konkrete Vorschläge gemacht (siehe <https://dserver.bundestag.de/btd/19/293/1929314.pdf>).

Wir fordern Nachbesserungen am Agrarmarktstrukturgesetz, um unfaire Handelspraktiken wirkungsvoll einzuschränken. Dazu gehört ein Verbot des Verkaufs unter den Produktionskosten, der nachträglichen Festsetzung des Erzeugerpreises sowie eine Generalklausel zum umfassenden Verbot unfairer Handelspraktiken der sogenannten „grauen Liste“ wie Listungsgebühren und die Kostenbeteiligung der Erzeuger*innen an Werbemaßnahmen des Handels. Wir schlagen ein Sonderkündigungsrecht bei ruinösem Preisverfall und eine Reform des Genossenschaftsrechts im Bereich Liefervertragsausgestaltung vor, etwa in Bezug auf die Andienungspflicht und der Abnahmegarantie. Eine Preisbeobachtungsstelle und Sektor-untersuchungen durch das Bundeskartellamt sollen Klarheit bringen, inwieweit der Handel kostendeckende Preise bezahlt.

Damit landwirtschaftliche Betriebe an den Wertschöpfungspotentialen aus der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Rohwaren profitieren, wollen wir regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen stärken. Dies ist auch Voraussetzung für den Ausbau des Ökolandbaus. Dafür müssen Programme im Rahmen der GAK gestärkt werden.

Die überfällige Neuausrichtung der Agrarförderung auf Gemeinwohl-leistungen bietet auch Chancen zur Produktion höherqualitative Produkte mit einem höheren Erlöspotential, statt vergeblich zu versuchen, mit meist niedrigen Weltmarktpreisen konkurrieren zu wollen.

Zu 7)

Ja die brauchen wir! Aber auch einen Markt, der dies entsprechend entlohnt.

Zu 7.1.)

Ja die brauchen wir! Dabei leisten wir schon einen wichtigen Beitrag, aber es gibt viel zu tun.

Zu 7.2)

Eine zentrale Maßnahme ist die Veränderung der landwirtschaftlichen EU-Subventionen. Die Fläche sollte dabei nicht maßgeblich sein, sondern welche Maßnahmen zur Artenvielfalt, Tierwohl und zum Umweltschutz geleistet werden. Eine verpflichtende Bio- und Regionalquote in öffentlichen Mensen und Kantinen ist darüber hinaus eine weitere, wichtige Maßnahme, sowie die schnelle und verbindliche Reduktion von Pestiziden/ Herbiziden.

Zu 8)

Wir fordern eine Neuausrichtung der Agrarförderung auf Gemeinwohlleistungen, dazu zählen auch klimafreundliche Bewirtschaftungsmethoden wie Grünlandwirtschaft, Agrarforstsysteme und Paludi-Kulturen auf wiedervernässten Moorböden. Die Beratung zu Ansätzen für eine dauerhafte Steigerung des Humusgehalts im Boden und damit für mehr Kohlenstofffixierung muss ausgebaut werden. Humöse Böden können besser Wasser aufnehmen und speichern, dies dient damit auch der Anpassung der Bewirtschaftung an zunehmende Wetterextreme als Folge der Klimakrise. Zudem wollen wir eine klimafreundliche und klimarobustere Landwirtschaft zum Schwerpunkt der öffentlichen Agrarforschungsförderung machen.

Angesichts des großen Anteils der Tierhaltung an den Emissionen müssen Tierbestände reduziert werden, insbesondere in den Intensivhaltungsregionen im Norden und Westen Deutschlands. Durch gezielte Förderhilfen, eine Umschichtung von Agrargeldern und eine Fleischabgabe auf Basis der Vorschläge der Borchert-Kommission wollen wir es den Betrieben ermöglichen, in artgerechte Tierhaltungsformen zu investieren und so ohne Einkommenseinbußen weniger Tiere besser zu halten.

Zu 8.1)

Die Kosten müssen fair verteilt werden auf Abnehmer, Discounter, Landwirtschaftliche Betriebe und Staat. Nur so kann ein schneller und notwendiger Umbau finanziert werden.

Zu 8.2)

Ja! Über die genaue Ausgestaltung müssen wir in demokratischen Prozessen diskutieren und sprechen.

Zu 9 und 10)

In Deutschland und Europa gibt es bereits viele Leuchtturmprojekte. Ich befürworte nicht wertvolles Ackerland mit Solarpanels zu bebauen. Ebenso sollten wir eine Reduktion des Maises für Biogasanlagen überlegen. Jedoch sollten Förderungen der Anlagen nicht einfach auslaufen, sondern verlängert werden. Ein interessantes Projekt ist in Althegnenberg zu finden. Hier funktioniert Solarstrom und Bewirtschaftung der Flächen wunderbar Hand in Hand. Solche Projekte müssen wir fördern. Die Landwirtschaft sollte hier durch Förderprogramme und Mitsprache stärker eingebunden werden.

Zu11)

Ja, eine generelle Kennzeichnung befürworte ich.

Zu 11.2)

Ich bin für eine Verschlinkung der vielzähligen Siegel auf unseren Produkten. Dabei soll es auch ein Siegel zu Herkunft geben.

Zu 12)

Als reiches Industrieland könnten wir mit einem finanziellen Aufwand nahezu alle Produkte importieren. Diesen Weg befürworte ich nicht. Unser Ziel sollte es sein umweltverträglich und klimaneutral unsere Produkte vor Ort herzustellen und zu verwerten. Aktuell gehört

unsere Landwirtschaft mit zu den größten Exporteuren von Schweinefleisch. Futtermittel zur Zucht wird importiert. Hier sollten in demokratischen Prozessen die Zielsetzung unserer Politik, Handelspolitik neu diskutiert werden.

Zu 13)

Selbstverständlich kenne ich diese.

Zu 13.1)

Im Kern wird ein wichtiges Problem angesprochen: Der Schutz unseres Trinkwassers. Bei der Umsetzung, Kontrolle und manchen Regelungen müssen wir Grüne noch nachbessern. Bei manchen Regelungen frage ich mich nach der Sinnhaftigkeit. Ebenso wie bei der Einhaltung strikter Daten, anstatt die Region individuell zu beleuchten, frage ich mich ob die Lebensrealität vor Ort überhaupt berücksichtigt wurde.

Zu 14) und 14.1)

Der NAP-Prozess besteht seit vielen Jahren, hat aber leider bislang nicht zur wesentlichen Reduktion der Pestizidanwendung geführt. Dies muss aus unserer Sicht aber Kernziel des NAP werden, um Umweltrisiken durch Pestizidanwendungen zu verringern und wirksamen Insektenschutz zu erreichen. Die Farm to Fork-Strategie der EU-Kommission sowie Biodiversitätsschutzvereinbarungen auf Ebene der Bundesländer (z.B. in Baden-Württemberg) sehen bereits konkrete Ziele zur Reduktion des Pestizideinsatzes vor. Die weitgehende Wirkungslosigkeit des NAP führte 2011 schließlich zum Ausstieg von Wasserwirtschaft, Umweltverbänden und Imkervertreter*innen. Auch aus unserer Sicht ist eine grundlegende Neuausrichtung des NAP erforderlich. Wir wollen daher den NAP in eine umfassende Pestizidreduktionsstrategie mit verschiedenen Maßnahmen integrieren und nichtchemische und präventive Pflanzenschutzansätze gezielt fördern. Dafür haben wir Eckpunkte vorgelegt (siehe <https://dserver.bundestag.de/btd/19/008/1900835.pdf>).

Zu 15)

Das eigenständige agrarsoziale Sicherungssystem (SVLFG) trägt zu einer umfassenden Absicherung unserer bäuerlichen Familien bei und ist europaweit einzigartig. Wir setzen uns für den Erhalt eines eigenständigen Sozialversicherungssystems in der Landwirtschaft ein. Allerdings verursacht der agrarstrukturelle Wandel leider auch eine Erosion der aktiven Beitragszahler und damit ein strukturelles Missverhältnis zwischen einzahlenden Mitgliedern gegenüber zu versorgenden Mitgliedern. Hier ist eine solidarische Lösung durch die Gesellschaft gefragt. Die zusätzlichen Kosten müssen gesellschaftlich erbracht werden. Dies erfordert jedoch auch eine verantwortliche und effektive Mittelverwendung und funktioniert nur, wenn von gesellschaftlichen Mittel die tatsächlich Bedürftigen profitieren. Um den problematischen Rückgang der Einzahlenden zu stoppen, müssen wirksame Maßnahmen gegen das Höfesterben ergriffen werden. Bäuerliche Landwirtschaft muss wieder auskömmlich werden.